

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Mai 1991

**"Ein Volk, das ein
anderes Volk unter-
jocht, schmiedet
seine eigenen
Ketten."**

Karl Marx ("Der Generalrat an den Föderalrat der
romäischen Schweiz, 1870, MEW 16, S.389)

Für einen internationalistischen 1.Mai !

Bekämpfen wir den ekelhaften deutschen Chauvinismus gegenüber dem polnischen Volk – Solidarität ist unsere Pflicht !

"Die Polen kommen!", so oder ähnlich wurde schon im Vorfeld der Aufhebung der Visumpflicht für polnische Bürger in den reaktionären Medien gehetzt. Die Bourgeoisie heizte das verbreitete antipolnische und deutsch-chauvinistische Klima der Ablehnung, Überheblichkeit und des Hasses weiter an. Die Übergänge zum Stil des nazifaschistischen "Stürmers" sind dabei fließend: Der westberliner Innensenator Heckelmann erklärte vor der Presse, der Staat sei gerüstet für den zu erwartenden "polnischen Ansturm", es seien "polnische Händlerwellen" zu befürchten, aber ein neuer "Polenmarkt" werde "im Keim ersticken" (Taz vom 8.4.91). Am 8. April stand dann auch prompt ein größeres Polizeiaufgebot am Potsdamer Platz bereit, um Heckelmanns Ankündigung nötigenfalls mit dem Schlagstock Nachdruck zu verleihen.

Als die ersten polnischen Werktätigen die Grenze an der Oder/Nelße überschritten war diese Saat auch handgreiflich aufgegangen. Stundenlang konnten faschistische Gruppen polnische Besucher beschimpfen, bedrohen, mit Flaschen, Feuerwerkskörpern und Steinen bewerfen, ohne daß die bereitstehenden Polizeikräfte eingriffen. Die faschistischen Aufmärsche und Attacken gegen polnische Werktätige wurden von der, nun vom westdeutschen Imperialismus kommandierten Polizei in der ehemaligen DDR als "dumme Kinderstreiche" (ein Polizeikommissar gegenüber der Taz vom 8.4.91) bewußt heruntergespielt. Der Oberbürgermeister von Frankfurt/Oder, Denda (SPD) erboste sich mehr über den Abbruch der Beziehungen von Seiten der polnischen Nachbarstadt, als über die Attacken auf polnische Bürger und maulte dreist: "Wir können ja nicht für jeden Polen eine Hundertschaft bereit halten" (ebenda).

Auch das ist eine Folge der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus: Die antipolnische Hetze, die Attacken gegen polnische Bürger, die im vergangenen Jahr in Westberlin an der Tagesordnung waren, treten nun auch in massiver Weise an der deutsch-polnischen Grenze auf.

Und diese Ereignisse zeigen wiedereinmal: Reaktionäre Medien, Staatsapparat und faschistische Gruppen arbeiten praktisch Hand in Hand, in der ehemaligen DDR genauso wie in Westberlin, allesamt durchdrungen von einem widerlichen deutschen Herrenmenschenstum.

Es war beschämend zu sehen, daß sich kaum eine Hand rührte, um die polnischen Werktätigen gegenüber den faschistischen Provokationen, der staatlichen Hetze und Schikane zu verteidigen. Dies zeigt, wie weit sich das Gift des deutschen Chauvinismus, des Antislawismus bereits auch unter den werktätigen Massen ausgebreitet hat, zeigt, wie gering entwickelt das Klassenbewußtsein der Arbeiter und Arbeiterinnen ist und wie schnell viele bereit sind, sich auf den Standpunkt ihres ärgsten Feindes, der Bourgeoisie, zu stellen, zeigt überhaupt, wie schlecht es um die Arbeiterbewegung steht und wie groß die Aufgaben sind, um sie auf internationalistische und revolutionäre Ziele zu orientieren.

Diese Schwäche ist das eigentliche Problem, denn von unseren Feinden, der Bourgeoisie kann man sowieso nur erwarten, daß sie die polnischen Werktätigen ausplündert und unterdrückt. Sie benutzt die Visa-regelung mit dem polnischen Staat, um sich ein Heer von leicht verfügbaren, billigen und jederzeit wieder abschiebbaren Saisonarbeitern zu verschaffen. Dabei wird die katastrophale wirtschaftliche Lage in Polen, für die der westdeutsche Imperialismus in hohem Maße verantwortlich ist, eiskalt ausgenutzt. Polnische Werktätige erhalten keine Arbeitserlaubnis, ihr Aufenthalt ist auf drei Monate begrenzt und sie müssen mit rigoroser Abschlebung rechnen. Das Innenministerium ist dabei, eine Zentralkartei zur Erfassung ausgewiesener polnischer Bürger einzurichten, um sie daran hindern zu können, erneut einzureisen. Die polnischen Behörden müßten sich vertraglich verpflichten, den Ausgewiesenen für ein Jahr den Reisepaß zu entziehen.

Polnische Arbeitskräfte ohne Arbeitserlaubnis müssen niedrigste Löhne akzeptieren, bekommen keinerlei Sozialleistungen und können jederzeit entlassen werden. Die Kapitalisten bedienen sich ihrer, um auf die Arbeiter und Arbeiterinnen hier vermehrter Druck auszuüben. Der Chef einer Oderländer Obstplantage hat sehr schnell begriffen, was im Zusammenhang mit Saison- und Gelegenheitsarbeit in Westberlin und Westdeutschland schon lange gang und gebe ist. Er gab in chauvinistischer Manier seinen Arbeitern zur Entlassung die folgenden Worte mit auf den Weg: "Wenn der Pole für drei Mark arbeitet, dann nehm' ich doch lieber den." (Taz 8.4.91) Er machte deutlich, wo nach Meinung eines Kapitalisten, die Arbeiter ihre Feinde angeblich zu suchen hätten.

Wenn die deutschen Arbeiter meinen, sie könnten ihre Lage verbessern, in dem sie sich gegen die ausländischen Arbeiter wenden und ihnen gegenüber "ältere Rechte" geltend machen, so wie es ihnen ihre Ausbeuter einreden, so ist das ein grundlegender Irrtum. Der einzige Weg zur Verbesserung der Lage, oder auch nur, um einer weiteren Verschlechterung in den Weg zu treten, war stets und bleibt auch weiterhin die Klassensolidarität. Sie verdient ihren Namen nur wenn sie sich auf alle Arbeiterinnen und Arbeiter, gleich welcher Nationalität, erstreckt. Die Saat der Konkurrenz und Feindschaft unter den Arbeitern und Arbeiterinnen, die die Herrschenden ausbringen, wuchert wie Unkraut. Ist das Kains-Prinzip einmal erkannt, wird die Spaltung uferlos. Die Klassensolidarität ist entweder internationalistisch, oder es gibt sie nicht.

Ginge es nach der Bourgeoisie, zählten nur die "deutschen Interessen" – die Lebensinteressen anderer Völker zählen nicht. Der entscheidende Anteil des westdeutschen Imperialismus am Elend in Polen, wie in vielen anderen Ländern, wird systematisch ausgeblendet. Seine Aktivität wird sogar noch als Wohltat für die betroffenen Länder hingestellt. Nicht genug, die Sache wird so weit getrieben, als seien die "Deutschen" die Leidtragenden der "Mißwirtschaft" in ande-

ren Ländern. Es wird planmäßig die öffentliche Meinung geschaffen, mit der allzu großen Duldsamkeit müsse es endlich ein Ende haben, es müsse "etwas geschehen", die Idee des "Gesundstoßens" auf Kosten anderer Völker ist dabei die stets naheliegende Schlüffolgerung. Das ist der Weg, der in letzter Konsequenz schon einmal nach Auschwitz geführt hat und für den das deutsche Volk ein groÙe Schuld auf sich geladen hat.

Hinter den angeblichen "nationalen Interessen" stecken immer die Interessen der Ausbeuterklasse, die die Arbeiter und Arbeiterinnen des eigenen Landes gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Länder aufhetzen will, um jede selbständige Regung der Arbeiterklasse und jede Entstehung von Klassenbewußtsein im Keim zu ersticken. Die einzige Waffe dagegen ist der grundsätzliche und engagierte Kampf für den Internationalismus unter den Arbeitern aller Länder. Internationalismus, das schließt unbedingt ein die-kämpferische Absage an jedwede Verengung der Sichtweise, jede nationale Beschränktheit, an die Schließung der Grenzen für die von der Reaktion politisch Verfolgten und für die Werktätigen, die hierher kommen, um Arbeit und eine Lebenegrundlage zu finden, an die "des Boot ist voll"-Propaganda, an Gleichgültigkeit und Ablehnung ihnen gegenüber.

Ohne eine solche uneingeschränkte solidarische Verbundenheit unter den Werktätigen, allen gegenüber, die unterdrückt und ausgebeutet sind, die in Armut leben, ohne vollständige Ablehnung aller Privilegien und "alter Vorrechte", ohne politische Ächtung der gemeinen und rabiaten, rassistischen wie chauvinistischen Vorurteile, ohne sich das Recht nehmen zu lassen, auch die Faust zu gebrauchen gegen diejenigen, die sie unter die Leute bringen, ist es unmöglich, die große Lösung des gemeinsamen, sich gegenseitig unterstützenden Kampfes zum Sturz des imperialistischen Ausbeutersystems in allen Ländern zu verwirklichen.

VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

Brunnstr.5, 1000 Westberlin 62
Öffnungszeit: mittwochs 16 - 18.30

Der Kampf gegen Pressehetze, gegen Dummheit, Chauvinismus und Reaktion, gegen die eigene nationale Boriertheit und chauvinistische Überheblichkeit muß gerade eine Angelegenheit der Arbeiterklasse werden. Er muß bis zur Erkenntnis gebracht werden, daß die Arbeiter hier als Angehörige einer imperialistischen Unterdrückernation sich nicht selbst befreien können, wenn sie nicht für die Rechte und Interessen der vom eigenen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker eintreten und im Bewußtsein der Mitverantwortung an den Verbrechen, die die "eigene" Bourgeoisie an anderen Völkern verübt und in der Geschichte verübt hat, handeln.

Die antipolnische Hetze dient nicht nur der Spaltung der Werktätigen. Sie gehört seit jeher ins Arsenal des deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung und Mobilisierung für Kriegsabenteuer, für imperialistische Raubkriege um die Neuauftteilung der Welt. Die Fäden der Geschichte sind nicht durchtrennt und werden es nicht sein, bis nicht der westdeutsche Imperialismus durch die proletarische Revolution gewaltsam zerschlagen ist.

Die Arbeiterklasse muß den Kampf der kurdischen Werktagen im Irak unterstützen !

Die reaktionäre Presse, die Sprachrohre der Bourgeoisie in Funk und Fernsehen entfalten einen großangelegten Medienrummel angeblich zur Rettung und zum Schutz der vom reaktionären Hussein-Regime im Irak verfolgten und massakrierten Kurden. Sie haben plötzlich ihr "Herz für die Kurden" entdeckt. International stellt sich der westdeutsche Imperialismus forsch an die Spitze einer Kampagne verschiedenster imperialistischer Mächte und abhängiger Kompradorenregime. Außenminister Genscher verlangte eine "Luftbrücke der Menschlichkeit", will Saddam Hussein vor ein internationales Gericht bringen und reiste höchstpersönlich an die irakische Grenze. Aber all das kann nicht verschleiern, daß der westdeutsche Imperialismus selbst maßgeblich an der mörderischen Unterdrückung und Verfolgung des kurdischen Befreiungskampfes beteiligt ist.

Angesichts der barbarischen Massaker des irakischen Regimes an der kurdischen Bevölkerung, des Einsatzes von Napalm- und Phosphorbomben gegen die Bevölkerung, der rigorosen Unterdrückung der nationalen Rechte der Völker im Irak, der Mordaktionen gegen jede fortschrittliche Bewegung im Lande kapitulierte so mancher "Leichtgläubige" vor dem Druck der "Tatsachen" und appelliert an die Imperialisten.

Doch wer soll den geknechteten und von Mord bedrohten Werktagen des Irak, wer der kurdischen Bevölkerung zu Hilfe kommen ?

* Etwa die US-Imperialisten, die ihre Mordaktionen aufrechnen nach der Formel 1000 tote Araber auf einen toten Amerikaner und sich dabei noch als "Demokraten" verkaufen wollen, die während des Golfkrieges unerhörte Verbrechen am den Völkern im Irak verübt, kurdische Städte und Dörfer im Irak und in der Türkei bombardierten? Jetzt an die US-Imperialisten zu appellieren, die kurdische Bevölkerung im Irak zu schützen, heißt die Kurden aufzufordern, sich ihren Henkern von gestern und ihren Henkern von morgen auszuliefern. Der US-Imperialismus und die mit ihm verbündeten Mächte benutzen das kurdische Volk als Spielball für ihre verbrecherischen Pläne. Die Unterstützung für die Stationierung von US-Truppen auf kurdischem Gebiet ist zudem völlig unvereinbar mit jeder fortschrittlichen und revolutionären Entwicklung in Kurdistan wie im Irak! Der US-Imperialismus ist Teil eines Systems imperialistischer Großmächte, das abhängige reaktionäre Regimes wie das von Saddam Hussein erzeugt und gestärkt hat.

* Oder etwa der westdeutsche Imperialismus, der sich international als oberster Beschützer des verfolgten kurdischen Volkes aufspielt?

+ Erinnern wir uns, es war deutsches Giftgas, was 1988 das Hussein-Regime in die Lage versetzte, das Massaker an der kurdischen Bevölkerung der Stadt Halabja zu verüben. Die Nachricht vom Giftgas-Mord an den Kurden ging gerade um die Welt, als Kohl und Genscher den damaligen irakischen Außenminister Asis ohne ein Wort des öffentlichen Protests empfingen, um über die Fortsetzung der lukrativen militärischen und zivilen Geschäfte zu verhandeln.

+ Die wenigen hier behandelten Opfer des Giftgasangriffes haben keinerlei Anspruch auf Entschädigung, kein Aufenthaltsrecht erhalten, sondern müssen sich dem zerstörenden Asylverfahren mit einem höchst unsicheren Ausgang unterwerfen.

+ Die westdeutschen Imperialisten gehörten zu jener "heiligen Allianz" imperialistischer Großmächte und reaktionärer Kompradorenregime während des Krieges am Golf und unterstützten politisch, militärisch und finanziell den mörderischen Bombenterror gegen die Bevölkerung des Irak und damit auch gegen die kurdische Bevölkerung.

+ Auf dem Staatsgebiet der Türkei wird der Freiheitskampf der Kurden mit blutigem Terror unterdrückt - und zwar mit maßgeblicher Unterstützung des westdeutschen Imperialismus. Im kurdischen Ge-

biet sind Bundeswehr-Einheiten stationiert. Die türkische Armee und Polizei wurde mit deutschen Waffen ausgerüstet. Die GSG-9 bildet Spezialeinheiten des türkischen Staatsapparates aus.

+ Kurdische Revolutionäre aus der Türkei werden in Westberlin und Westdeutschland verfolgt und in Schauprozessen mit dubiosen Kronzeugen kriminalisiert.

+ Kurdische Asylbewerber werden weiter in die Hölle von Verfolgung, Folter und Vernichtung abgeschoben und auch jetzt noch wird von der Bundesregierung ausdrücklich betont, daß die Kurden nicht als eingeständige Volksgruppe anerkannt sind, was die Voraussetzung für einen generellen Abschiebestopp wäre.

Tausendmal haben die westdeutschen Imperialisten bewiesen, daß sie skrupellose Feinde des kurdischen Volkes sind.

Und wenn die westdeutschen Imperialisten heute Lebensmittelpakete abwerfen, so haben sie erst damit begonnen, als schon viele tausend Flüchtlinge in den Bergen vor Erschöpfung elendig dahingestorben waren. Sie liefern und verteilen Lebensmittel in einem Umfang, der gemessen an den Möglichkeiten sehr gering ist. Diese Art der "Hilfeleistung", die so auch von den anderen imperialistischen Großmächten und der Türkei oder auch dem Iran betrieben wird, kalkuliert ein, daß das Massensterben, daß der Völkermord an der kurdischen Bevölkerung anhält. Es gibt eben verschiedene Arten des Mordens!

Diese Politik hat ihre Logik, denn dem westdeutschen Imperialismus geht es weder um Humanität noch um die Unterstützung des gerechten Kampfes des auf fünf Staaten verteilten und des Rechts auf eigene staatliche Existenz beraubten kurdischen Volkes, sondern es steht dahinter ein ganz anderes Kalkül.

Sein Interesse besteht darin, sein durch den Golfkrieg etwas angeschlagenes Image aufzupolieren, seinen Einfluß auf die abhängigen reaktionären Regime im arabischen Raum zu verstärken. Außerdem wird unter dem Deckmantel der "Kurdenhilfe" der Einsatz von Bundeswehr-Einheiten auf bisher unbekanntem Terrain getestet. Dies dient auch der ideologischen Vorbereitung von militärischen Aktionen aus anderem Anlaß; diesmal ist die "humanitäre Hilfe" noch waffenlos, morgen erfolgt sie mit Waffengewalt. Es geht also um Macht und Profit, um die Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Großmächten.

Die heutige Situation der kurdischen Bevölkerung, nicht nur im Irak, ist ein Produkt der verbrecherischen Politik des imperialistischen Systems und vor allem der imperialistischen Großmächte, wie die USA, die sozialimperialistische Sowjetunion und nicht zuletzt des westdeutschen Imperialismus. Die Imperialisten aller Länder kennen nur eine "Moral": die Völker der Welt gegeneinander auszuspielen, sie aufeinander zu hetzen, um die eigene Macht zur Ausbeutung und Unterdrückung der Völker zu festigen. Doch diese "Moral" muß zerschlagen werden.

Die Kurden, die zu hunderttausenden vor dem Terror des US-Bombardements und des Hussein-Regimes geflohen und nun vom Tod durch Hunger und Kälte bedroht sind, bedürfen unserer dringenden proletarisch-internationalistischen Unterstützung. Wirkliche Hilfe für den kurdischen nationalen Befreiungskampf kann nur die Arbeiterklasse, können nur die unterdrückten Völker im Kampf gegen den Imperialismus leisten.

Doch es ist eine Tatsache, die das ganze Elend der Lage der kurdischen Bevölkerung im Irak ausdrückt, daß die revolutionäre Bewegung weltweit, die Idee des proletarischen Internationalismus, die Idee der Aktionseinheit der Arbeiterbewegungen aller Länder in der Praxis so unter- und unentwickelt sind, daß die internationale Arbeiterklasse für den Befreiungskampf des kurdischen Volkes keine wirksame Hilfe leistet. Das trifft heute leider in besonderem Maße für die Arbeiterklasse hierzulande zu.

Verstärken wir - ohne eine Möglichkeit der praktischen Hilfe für das kurdische Volk auszulassen - den revolutionären Kampf gegen das System des Imperialismus!

Entlarven und bekämpfen wir als Revolutionäre die Verbrechen des westdeutschen Imperialismus, lassen wir keine Sekunde zu, daß sich dieser Mordgehilfe als Beschützer des kurdischen Volkes aufspielen kann.



Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf des kurdischen Volkes !